

---

**961/J XXVI. GP**

---

**Eingelangt am 04.06.2018**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Anfrage**

**der Abgeordneten Petra Wimmer,**

**Genossinnen und Genossen**

**an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie**

**betreffend Ausweitung der Prüfständigkeit der Volksanwaltschaft auf ausgelagerte Rechtsträger analog zu jener des Rechnungshofes**

Im Bericht der Volksanwaltschaft an den Nationalrat und an den Bundesrat 2017 zur Kontrolle der öffentlichen Verwaltung stellte die Volksanwaltschaft im Kapitel 2.12 u.a. folgendes fest:

„Wie auch schon in den letzten Jahren gab es auch im aktuellen Berichtsjahr zahlreiche Beschwerden gegen ausgegliederte Rechtsträger, wie insbesondere den ÖBB-Konzern, die GIS Gebühren Info Service GmbH und die Post AG. Die VA versteht sich in Bezug auf die genannten ausgegliederten Unternehmen seit vielen Jahren als niederschwellige Anlaufstelle, die zur Sachverhaltsfeststellung beitragen will und zwischen den Beschwerde führenden Personen und den Unternehmen zu vermitteln versucht. Das ändert aber nichts daran, dass ihr keine Prüfkompetenz zukommt und die Entscheidung, ob und wie auf Interventionen der VA reagiert wird, allein den betroffenen Unternehmen obliegt.

Leider führt die von der VA schon seit vielen Jahren kritisierte fehlende Prüfständigkeit immer wieder dazu, dass der VA eine effektive Unterstützung bei Unzulänglichkeiten nicht immer möglich ist. Unter diesem Gesichtspunkt ist es rechtspolitisch nicht nachvollziehbar, weshalb die Prüfständigkeit der VA nicht endlich jener des RH angeglichen wird.“

Aus den hier dargelegten Gründen richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie nachstehende

### **Anfrage**

1. Ist Ihnen bekannt, dass die VA seit Jahren die fehlende Prüfständigkeit bei ausgegliederten Rechtsträgern im Bereich des BMVIT beanstandet?
2. Wurde mit Maßnahmen wie der Ausarbeitung eines diesbezüglichen Ministerialentwurfs in ho. Ressort bereits begonnen und wenn „ja“, wann wird dieser dem Nationalrat zugeleitet? Wenn „nein“, weshalb nicht?
3. Werden bzw. wurden andere Maßnahmen diesbezüglich gesetzt und wenn „ja“, welche?

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**